

SWR2 Wissen

Rechtsradikale Lehrkräfte

Wie Schulen und Behörden mit ihnen umgehen sollen

Von Marie-Christine Werner

Sendung: Samstag, 24. April 2021, 8:30 Uhr

Redaktion: Lukas Meyer-Blankenburg

Regie: Autorenproduktion

Produktion: SWR 2021

Lehrberufe gelten in der rechten Szene als gute Möglichkeit, Kinder und Jugendliche gezielt zu erreichen. Was können Schulen tun, wenn ihr Personal politisch rechts auffällt?

SWR2 Wissen können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/podcast-swr2-wissen-100.xml>

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIPT

Atmo 1: Landau kurz freistehen lassen dann drüber

Sprecherin:

Landau in der Südpfalz an einem wintersonnigen Freitagmittag. Auf dem Rathausplatz jagen ein paar Kinder Tauben hinterher. Die Mütter schauen zu, unterhalten sich. Entspannte Atmosphäre. Noch im Sommer 2020 war das anders. Da protestierten Eltern öffentlich gegen eine Lehrerin, die an Demonstrationen der rechten Szene teilgenommen und sich rassistisch geäußert haben soll.

O-Ton 1:

(Dr. Maximilian Ingenthron, Bürgermeister) „Es war so, dass erste Informationen eingelaufen sind; Gerüchte, die sich dann aber allerdings sehr schnell bewahrheitet haben.“

Sprecherin:

Maximilian Ingenthron ist Bürgermeister in Landau. Die Elternproteste gegen die Pädagogin waren landesweit in den Medien.

O-Ton 2:

(Ingenthron): „Mir war binnen Sekunden klar, das wird höchste Wellen schlagen, zumal Frau Piep aus ihrer AfD-Vergangenheit heraus eine Vorgeschichte hat, die ihre Fortsetzung in permanenten Äußerungen beispielsweise über Facebook gefunden hat, so dass man nicht sagen kann das ist irgendwas, was in der Vergangenheit mal passiert ist, das wirkt in der Gegenwart.“

Ansage:

Rechtsradikale Lehrkräfte – Wie Schulen und Behörden mit Ihnen umgehen sollen. Von Marie-Christine Werner.

Sprecherin:

Von einer neuen Dynamik spricht der deutsche Verfassungsschutz mit Blick auf die rechtsextreme Szene. Die aktuellen Zahlen stammen von 2019. Für das Jahr listet der Verfassungsschutz mehr als 32.000 Rechtsextreme auf, ein Drittel mehr als im Vorjahr.

Dazu zählen auch die etwa 7.000 Anhänger des inzwischen offiziell aufgelösten völkischen Flügels der Alternative für Deutschland. Auffällig ist: rechte Netzwerke nutzen die sozialen Medien äußerst geschickt, um ihr Gedankengut zu verbreiten – und sie haben die Bildungsarbeit für sich entdeckt. Andrea Röpke ist eine der führenden Rechtsextremismus-Expertinnen in Deutschland. Sie warnt seit Längerem davor, dass Lehrkräfte mit Verbindungen zur rechten oder gar rechtsextremen Szene an Schulen versuchen, ihre fremdenfeindliche Ideologie an Kinder und Jugendliche weiterzugeben.

O-Ton 3:

Andrea Röpke, Rechtsextremismusexpertin: „Wir warnen schon seit Jahren davor, dass das gerade aus diesem Spektrum auch der rechtsbündischen Gruppierung unheimlich viel zukünftiges Lehrer-Potenzial kommt, aus dem Lehrbereich: Dozenten, Studienräte also, das ist nicht neu, und das sieht man ja schon an den Hochschulen, dass da wirklich ein Riesenpotenzial an Rechten auf uns und auf unsere schulischen Einrichtungen zukommt. Und tatsächlich schlägt sich das ja auch ganz stark nieder in der Politik der Alternative für Deutschland z.B. in den Parlamenten. Sie thematisieren das Ganze und hinzukommt, dass sie sich zurzeit wirklich sehr, sehr stark fühlen, im Aufwind fühlen.“

Sprecherin:

Es sei gezielte Strategie von Rechtsradikalen, sich in sozialen Berufen zu engagieren, beobachtet auch Judith Rahner von der Amadeu-Antonio-Stiftung. In Kreisen der Nationaldemokratischen Partei, kurz NPD, sei schon vor Jahren gezielt dazu aufgerufen worden, etwa in der parteieigenen Monatszeitung „Deutsche Stimme“ im April 2010 – da heißt es:

Zitatorin:

(Deutsche Stimme, April 2010) „Wir dürfen nicht weiterhin die Bereiche Bildung und Erziehung den Etablierten überlassen. Unser Ziel muss es sein, einer charakterfesten, gesunden und allgemeingebildeten deutschen Jugend Raum zur Entfaltung ihrer Potentiale zum Wohle des gesamten Volkes zu geben.“

Sprecherin:

Nur so könnten Denk- und Verhaltensmuster beeinflusst werden, heißt es in dem Artikel weiter. Aufrufe dieser Art gebe es von der NPD immer wieder. Judith Rahner:

O-Ton 4:

Judith Rahner, Amadeu-Antonio-Stiftung: „Die wissen natürlich auch, dass der Kampf um die Köpfe natürlich im Kindesalter beginnt. Und je früher man Kinder auch an die eigene Bewegung andockt oder mit den Themen vertraut macht, desto besser kann man sie irgendwann auch für die eigenen Inhalte gewinnen. Also die machen natürlich auch Nachwuchsförderung und versuchen das eben auch über Erzieherinnen und sozialpädagogische Berufe. Wir haben oft Anfragen, übrigens von Universitäten, wo extremrechte Studierende soziale Berufe ergreifen wollen. Und die Frage ist, wie geht man eigentlich damit um?“

Sprecherin:

Politikerinnen und Politiker der NPD und der AfD fallen immer wieder mit rechtsradikalen Äußerungen auf. Eines der prominentesten Beispiele aktuell: Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender in Thüringen, bis zu seinem Einzug in den Landtag Gymnasiallehrer für Geschichte. Die Pädagogin in Landau, gegen die aktuell noch ein Disziplinarverfahren läuft, saß als stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD ein Jahr im Stadtrat.

Als im Dezember 2017 im benachbarten Ort Kandel die Schülerin Mia von ihrem Ex-Freund, einem geflüchteten Afghanen, ermordet wird, wird die Pädagogin aktiv: Sie hält Mahnwachen ab, tritt als „Stimme von Kandel“ bei Demonstrationen auf:

Atmo 2: Demo „Wir Frauen fordern Schutz“

Sprecherin:

Die Lehrerin reist zu Demonstrationen der rechten Szene, etwa nach Berlin – und sie lädt regelmäßig Videos von sich auf YouTube hoch auch am Tag der Urteilsverkündung gegen Mias Mörder im September 2018. Der Clip ist nach wie vor online abrufbar.

O-Ton 5:

YouTube, Lehrerin Landau: „Es sind natürlich viele linke Demonstranten gekommen gegen Mamas, die ihre Stimme erheben, die dafür sind, dass Mörder, die hier reinkommen in unser Land und weiterhin unsere Kinder und unsere Frauen vergewaltigen und abschlachten. Wo sind wir nur angelangt in diesem Land“.

Sprecherin:

Die Pädagogin bedient sich hier gängiger, rechtsradikaler Argumentationsmuster, in dem sie den Kandeler Einzelfall überträgt auf andere Geflüchtete. Distanziert hat sie sich von diesen Aussagen bis heute nicht. Auf Anfrage von SWR2 Wissen für eine Stellungnahme antwortet sie nicht.

Darüber hinaus sei die Lehrerin in Landau noch mit weiteren fremden-feindlichen Äußerungen aufgefallen, sagt Judith Rahner von der Amadeu-Antonio-Stiftung.

O-Ton 6:

Rahner: „Sie ist auf diversen anderen Veranstaltungen aus der extremen Rechten aktiv gewesen und hat da schon ziemlich verschwörungsideologische Sachen von sich gegeben. Also insofern muss die Frage natürlich sein, ob so jemand wirklich in einem Umfeld arbeiten sollte, wo es darum geht, Kinder zu Vielfalt zu ermutigen, zu Demokratie zu ermutigen und zu unterrichten, ob das wirklich der Bereich ist, wo so jemand arbeiten sollte.“

Sprecherin:

Der Fall war bundesweit in den Schlagzeilen, einer von vielen, die in den vergangenen Jahren öffentlich geworden sind.

Atmo: Geräusch Tippen

Zitatorin:

(Blick nach rechts, 07.03.2012)

„Grundschullehrerin aus Schleswig-Holstein in führender Position in einem rechtsextremen Verein aktiv“

Sprecherin:

Die Lehrerin soll neben ihrer Arbeit an der Grundschule jahrelang im Vorstand der Organisation „Ferienhaus Schönhagen“ gewesen sein. Hinter dem harmlos klingenden Namen verbergen sich, laut Verfassungsschutz, völkisch orientierte Rechtsextreme.

Zitatorin:

(Berliner Zeitung, 12.12.2019)

„Oberschullehrer in Brandenburg zeigt rechtsradikale Tattoos in der Schule“

Sprecherin:

Bei einem Sportfest soll der Lehrer wegen der Hitze sein T-Shirt ausgezogen haben. So seien die Tattoos, unter anderem mit dem Leitspruch der SS „Meine Ehre heißt Treue“, für alle sichtbar gewesen.

Tippen Ende

Sprecherin:

In solchen Fällen müssen die Schulbehörden dann prüfen, ob jemand, der privat womöglich ein rechtsradikales oder gar rechtsextremes Weltbild pflegt, seine Ansichten auch bei der Arbeit, also etwa als Lehrkraft in einer Schule verbreitet. Das ist nicht leicht nachzuweisen und kann lange dauern.

Atmo Landau

Sprecherin:

Im Fall der Landauer Lehrerin wollten die Eltern der Grundschul Kinder nicht warten. Sie machten den Fall öffentlich und setzten sich durch:

Zitator:

(MM, 31.08.2020)

„Rechte Lehrerin unterrichtet nicht mehr“

Zitatorin:

(AZ, 02.09.2020)

„Lehrverbot für rechte Lehrerin“

Sprecherin:

Die Pädagogin selbst sprach von einer Hetzjagd: Sie sei ja nur eine – Zitat „besorgte Mutter“, ein Erklärungsmuster, dem die Journalistin Andrea Röpke oft begegne:

O-Ton 7:

Röpke: „Sie wollen nur Patrioten sein, sie wollen nur besorgt sein. Und wenn sie zur Verantwortung gezogen werden für die wirklich menschenverachtenden,

hetzerischen grundgesetzfeindlichen Aussagen, die getätigt werden, die sie selber tätigen oder auch in ihrem Umfeld, dann sind sie auf jeden Fall immer Opfer anderer, die sie tatsächlich zur Verantwortung ziehen wollen.“

Sprecherin:

Die Lehrerin dürfe nicht mehr unterrichten, sondern erstelle am Schreibtisch Unterrichtsmaterialien, erklärt Thomas Linnertz auf Nachfrage von SWR2 Wissen. Er ist der Präsident der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz – kurz ADD – in Trier.

O-Ton 8:

Linnertz: „Stand der Dinge ist der, dass das Disziplinarverfahren eröffnet wurde. Da laufen im Moment noch bestimmte formelle Dinge. Die Rechtsvertretung hat Akteneinsicht genommen und solche Dinge. Im Einzelnen möchte ich dazu öffentlich nichts sagen oder kann ich nicht darauf eingehen.“

Sprecherin:

Die Lehrerin ist auf Lebenszeit verbeamtet. Das Argument, im Dienst habe sie sich nichts zu Schulden kommen lassen, alles andere sei Privatsache, lässt Thomas Linnertz nicht gelten.

O-Ton 9:

Linnertz: „Das ist bei Beamten eben nicht so. Innerdienstliches Fehlverhalten wiegt natürlich immer schwerer als außerdienstliches Fehlverhalten. Aber als Beamter bin ich im Prinzip insgesamt verpflichtet, einmal der Treue gegenüber meinem Dienstherrn wie auch gegenüber der Verfassung. Und da gehört halt privates Verhalten auch dazu.“

Sprecherin:

Rechtsradikal aktiv gewordene Beamtinnen und Beamte zu entlassen, sei zeitaufwendig und kompliziert, sagt Judith Rahner von der Amadeu-Antonio-Stiftung, auch wenn sie offensichtlich gegen Grundsätze ihres Beamtenstatus verstießen.

O-Ton 10:

Rahner: „Zum Beispiel ein Paragraf 33 Beamtenstatusgesetz, da steht drin, dass Beamte durch ihr gesamtes Verhalten sich zum Grundgesetz bekennen müssen und auch für dessen Erhaltung einzutreten haben und natürlich sich auch mit Mäßigung und zur Zurückhaltung aufgefordert sind. Und wenn das in Gefahr ist oder wenn das eben nicht gegeben ist, da muss man schon sich die Frage stellen, ob sie als Beamter, als Vertreterin des Staates noch weiter tätig sein kann. Allerdings sind das natürlich total schwammige Begriffe. Also ab wann äußert sich jemand nicht mehr gemäßigt? Das ist ein total schwieriger Prozess.“

Sprecherin:

Es geht um hohe Güter: die Meinungsfreiheit auf der einen Seite, das Kindeswohl und den Schutz von Verfassung und Demokratie auf der anderen. Dazu kommt: rechtsradikale Lehrkräfte als solche zu identifizieren, sei nicht einfach. Denn die rechte Szene sei inzwischen vielfältiger geworden. „Reichsbürger“, „identitäre

Bewegung“, „völkische Siedler“, „freie Kameradschaften“ – vielen Mitgliedern solcher Gruppierungen sähe man ihre Ideologie nicht unbedingt an, sagt Judith Rahner. Die Zeiten, als die tätowierte schwarze Sonne als äußeres Erkennungszeichen gegolten habe, seien vorbei.

OTon 11:

Rahner: „Das ist heute viel, viel schwieriger. Also es gibt ja auch vegane Nazis. Es gibt Nazi-Hipster. Es gibt sehr moderne Erscheinungsformen, wie die Identitäre Bewegung, die versucht, mit popkulturellen Sachen auch Kinder und Jugendliche auf sich aufmerksam zu machen. Da hat sich einfach ganz, ganz viel getan. Und ich glaube, dass das, was man am sichersten wirklich erkennen kann, ist, wenn Menschen die Ungleichwertigkeit von Menschen voranbringen, in ihrer Sprache oder in ihrem Handeln und meistens natürlich rassistisch begründet oder antisemitisch begründet.“

Sprecherin:

Hinzu komme in der Regel ein biologistisches, klassisches Rollenverständnis, sagt Andrea Röpke:

O-Ton 12:

Röpke: „Dass Frauen eben helfen, heilen, pflegen, erziehen, also in diese speziellen Berufe gehen, und von daher war abzusehen, dass diese Problematik ganz groß auftauchen wird, und dass sie sich insbesondere auf möglichst frei gestaltete Schul- und Kindergarteneinrichtungen konzentrieren, wo sie viel Mitspracherecht haben. Das war auch absehbar.“

Sprecherin:

Von wissenschaftlicher Seite habe es genügend Hinweise darauf gegeben, dass rechtsradikale Lehrkräfte versuchen könnten, besonders freie Schulen zu unterwandern, sagt Andrea Röpke. Von politischer Seite sei das Thema aber eher verdrängt worden. Ein Vorwurf, den die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stefanie Hubig von der SPD so nicht stehen lassen möchte. Rechtsradikale Lehrkräfte in der Schule nähme man längst wahr.

OTon 13:

Dr Stefanie Hubig, Bildungsministerin RP: „Natürlich wissen wir das. Und Schulen, Lehrerinnen und Lehrer werden im Rahmen der Ausbildung, aber dann auch in Fortbildungen genau darauf auch hin sensibilisiert. Wir haben natürlich auch eine gute Zusammenarbeit mit Stellen wie dem Verfassungsschutz, die solche Bewegung ja genau beobachten, die auch die immer wieder neuen Methoden genau kennen. Und das wird auch entsprechend in Schule sozusagen rückgespiegelt.“

Sprecherin:

In der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte spiele das Thema Rechtsradikalismus eine Rolle, auch in den Einrichtungen selbst. Es gibt das bundesweite Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, dem mehr als 3.500 Schulen angehören. Und es gibt das Projekt „Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“ des Bundes. Wie Schulbehörden mit rechtsradikalen Lehrkräften umgehen, sei aber Ländersache. Und die behandelten rechtsradikale

Lehrkräfte in der Regel als Einzelfälle, nicht als strukturelles Problem. Thomas Linnertz, Präsident der rheinland-pfälzischen Aufsichtsbehörde:

OTon 14:

Linnertz: „Bisher können wir nicht feststellen, dass wir da eine größere Bewegung in den in den Schulen hätten, die da versucht, sozusagen an die Kinder heranzukommen, um die entsprechend zu agitieren. Das kann ich wirklich nicht sagen. Zentralregister, Auszüge und alles Mögliche wird überprüft. Wir können nicht die sozialen Netzwerke bei jeder Einstellung vorher nochmal durchforsten. Und es ist ja auch nicht, wie sollte ich sagen, verpflichtend, dass man Parteimitgliedschaften oder anderes politisches Engagement sozusagen offenlegt.“

Sprecherin:

Doch es sind gerade die sozialen Netzwerke, in denen immer wieder auch Lehrerinnen und Lehrer mit rechtsradikalen Posts oder Aktivitäten auffällig werden und von deren Weltbild das Kollegium an der Schule nichts ahnt.

Atmo 3: Geräusch Tippen

Zitator:

(Bild online, 10.5.2020)

„Rechtsextremer Gymnasiallehrer aus dem Saarland besaß Waffen“

Sprecherin:

Fahnder entdeckten belastende Dokumente auf dem PC des Lehrers. Er soll sich Waffen im Internet besorgt haben. Das Gericht sei schockiert gewesen über seine rassistische Weltanschauung.

Zitatorin:

(Taz, 16.06.2012)

„Lehrerin im nordfriesischen Bredstedt muss Dienst quittieren, weil sie Schüler für NPD-Jugendorganisation angeworben hat“

Sprecherin:

Die Lehrerin der Gemeinschaftsschule habe einige ihrer Schüler für die Organisation „Junge Nationaldemokraten“ angeworben. Eine Mutter entdeckte den Mailverkehr zwischen der Lehrerin und ihrem Sohn und meldete den Fall.

Zitator:

(Schweriner Volkszeitung, 10.05.2017)

„Grundschullehrerin in Mecklenburg-Vorpommern nach Rede auf rechter Demo suspendiert“

Sprecherin:

Zu Beginn ihrer Rede habe die Frau Internetseiten als Informationsquellen empfohlen, auf denen unter anderem rassistische Falschmeldungen und antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet würden.

Neben Lehrkräften gäbe es aber auch rechtsradikale Eltern sowie rechte Schülerinnen und Schüler, die ihre Ansichten auf dem Schulhof verbreiteten, ergänzt die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stefanie Hubig:

O-Ton 15:

Hubig: „Da gibt es sehr viele verschiedene, ich sag mal Facetten und Aspekte, die zusammenkommen. Und das bedeutet natürlich auch, dass man auch mit Eltern auch mit der Meinung die Eltern haben, die auch Kinder natürlich mit in die Schule tragen, mit der auch dann umgehen muss im Unterricht und auch die zum Thema machen kann und machen soll. Das ist ganz wichtig.“

Sprecherin:

Nicht nur Lehrkräfte müssten fortgebildet und sensibilisiert werden, auch Mitschülerinnen und Mitschüler und ihre Eltern seien gefragt, klare Haltung zu zeigen, meint die Bildungsministerin. Für Andrea Röpke sei es zu wenig, auf die Zivilcourage der anderen zu hoffen.

O-Ton 16:

Röpke: „Man merkt einfach tatsächlich, dass man darauf nicht vorbereitet war vonseiten der Behörden, und dass da auch eine Riesen-Verdrängung stattgefunden hat und jetzt, ganz salopp gesagt, knallt uns das Thema natürlich um die Ohren.“

Sprecherin:

Wenn Schulen nicht frühzeitig reagierten, könnten Einrichtungen kippen, sagt Judith Rahner von der Amadeu-Antonio-Stiftung, das heißt: diejenigen, die für Toleranz seien und etwas gegen rechtsradikale Gesinnungen in der Schule haben, würden zur Minderheit.

O-Ton 17:

Rahner: „Das sind immer die Schulen, die natürlich erstens mal vielleicht in Regionen sitzen, wo es eine höhere Zustimmungswerte zu rechtspopulistischen, rechtsextremen Aussagen gibt, wo ein demokratisches Miteinander nicht unbedingt immer nur überall selbstverständlich ist, also im Umgang mit Geflüchteten, mit Homosexualität oder mit Sexismus, Antisemitismus. Da gibt es sehr, sehr üble geflüchtetenfeindliche Hetze und niemand greift mehr ein. Also so was finden wir auch in Jugendeinrichtungen vor, von Leuten, die sich Hilfe suchend an uns wenden und sagen ich kann da gar nichts mehr dagegen sagen. Ich bin in der Minderheit. So was gibt's natürlich also, wenn Einrichtungen, Schulen oder irgendwelche sozialpädagogischen Einrichtungen oder Kitas nicht frühzeitig gegensteuern und versuchen, das soziale Klima in ihren Einrichtungen auch demokratisch zu halten, dann sind solche Einrichtungen auch anfällig dafür, dass rechte Erzieher sich um einen Arbeitsplatz bewerben.“

Sprecherin:

Nicht nur an Schulen kann es rechtsradikales Personal geben, sondern auch in Kindergärten und Kindertagesstätten, wie ein bundesweit berühmter Fall vor ein paar Jahren in Lüneburg zeigt.

*Atmo 4: Lüneburg Wasserfall***Sprecherin:**

Das Wehr im mittelalterlichen Zentrum von Lüneburg. Das romantische Giebelhaus-Ambiente ist Schauplatz der Telenovela „Rote Rosen“, die seit fast 15 Jahren im Ersten zu sehen ist. Mit dem Erfolg der Serie sind die Übernachtungszahlen in Lüneburg ins Sechsstellige gestiegen. Vor Corona: ein beträchtlicher Wirtschaftsfaktor. Doch dann sorgten bundesweite Schlagzeilen für Kratzer am heimeligen Image:

Zitator:

(taz, 14.03.2013, S. 41)

„Erzieherin mit dubiosen Rechtsaußen-Kontakten“

O-Ton 18:

(Lars Helm, Vater): „Mein Name ist Lars Helm. Ich lebe mit meiner Familie in Lüneburg, und wir haben drei Kinder, die alle drei auch in den Kindergarten am Marienplatz gegangen sind.“

Sprecherin:

Es ist der 10. August 2010. Damals besuchen zwei seiner Kinder die Kita. Per Zufall liest der Vater auf dem Weg zur Arbeit in der Tageszeitung TAZ von einer Erzieherin mit rechtsradikalem Hintergrund in Lüneburg.

O-Ton 19:

Helm: „Die Kita wurde da ja nicht genannt, und da hab‘ ich schon ein komisches Gefühl gehabt, aber dachte, hoffentlich geht der Kelch an uns vorüber und dem war dann aber nicht so.“

Sprecherin:

Dann ging alles sehr schnell, erinnert er sich.

O-Ton 20:

Helm: „Am Nachmittag hab ich dann einen Anruf von befreundeten Eltern bekommen, dass wir betroffen sind, und dass wir da was machen müssen und uns informieren müssen.“

Sprecherin:

Die Stadt beurlaubt die Erzieherin kurze Zeit später. Doch die Eltern sind alarmiert und werden aktiv:

Geräusch: Kindergarten

Zitator:

„Die Eltern organisieren einen Informationsabend“

Zitatorin:

„Die Eltern übergeben dem Oberbürgermeister die Kündigungsandrohung mit 36 Unterschriften“

Sprecherin:

Die Stadt versucht die Frau in die Tagespflege zu versetzen. Die Erzieherin klagt dagegen und bekommt Recht. Sie muss weiter als Erzieherin beschäftigt werden. Im Urteil vom Oktober 2012 heißt es:

Zitator:

„Das Arbeitsgericht Lüneburg gab der Klage auf Beschäftigung als Erzieherin statt. Die Versetzung, nach der die Klägerin mit anderen Tätigkeiten als denen einer Erzieherin betraut werden sollte, war vom Weisungsrecht des Arbeitgebers nicht gedeckt.“

Sprecherin:

Wie verbreitet ist überhaupt rechtsradikales Gedankengut beim Kindergartenpersonal? Genaue Zahlen gäbe es nicht, meint Judith Rahner von der Amadeu-Antonio-Stiftung:

O-Ton 21:

Rahner: „Das Phänomen rechte Erzieherin, muss man auch ganz klar sagen, findet in der Öffentlichkeit wenig Anklang. Ich denke, das hat vor allen Dingen damit zu tun, dass man diese beiden Themenfelder überhaupt nicht zusammenbringt, also der Bereich frühkindliche Bildung ist ein Schutzbereich, Kitas, das sind kleine Kinder, und das kriegt man oft gedanklich überhaupt nicht zusammen, das dann natürlich auch Menschen unterwegs sein können, die rechtsextreme Weltbilder vertreten.“

Sprecherin:

Die problematische Weltanschauung äußere sich in der Regel ganz subtil – da werde beim Mittagessen nicht von „Pizza“ gesprochen, auf die sich die Kinder freuen, sondern von „Gemüsekuchen“ – in rechtsextremen Kreisen das Wort für Pizza.

O-Ton 22:

Rahner: „Es gibt ja auch noch viele andere Wörter. Problematisch wird es dann, wenn es um Herabsetzung geht, um Diskriminierung geht. Also wenn beispielsweise danach gefragt wird, warum denn die Kita mit geflüchteten Kindern arbeiten sollte. Oder warum denn schwarze Kinder in einem Kinderbuch auftauchen, ob man nicht lieber ein anderes Kinderbuch nimmt, wo man deutsche, weiße Kinder nur abgebildet sieht, das sind so Momente, wo man dringend hellhörig werden muss, und auch einschreiten muss. Und da muss eine klare Grenze gesetzt werden.“

Sprecherin:

In Lüneburg sind die Eltern mit der Aussicht, die Erzieherin dulden zu müssen, nicht einverstanden und organisieren weitere Informationsabende:

Geräusch: Kindergarten

Zitator:

Die Eltern organisieren einen Warmstreik-Tag: von 66 Kindern waren nur 11 Kinder in der Kita

Sprecherin:

Und die Elternvertreter sprechen mit dem Oberbürgermeister von Lüneburg. Vater Lars Helm:

O-Ton 23:

Helm: „Die Kita-Leitung, war damals in einem großen Dilemma letztendlich: Die Kita-Leiterin hat mit der Frau zusammen die Ausbildung gemacht. Also, Sie kennt sie schon sehr, sehr lange und stand so komplett zwischen den Stühlen letztendlich und durfte dann auch auf Drängen der Stadt, genau wie die anderen Kita-Mitarbeiter nicht in keiner Weise Position beziehen. Das heißt, sehr, sehr betretene Stimmung, trifft es vielleicht ganz gut.

Sprecherin:

Auch im Frühjahr 2013, nach inzwischen zweieinhalb Jahren, sei unklar gewesen, ob die Erzieherin in den Kindergarten zurückkomme. Die Eltern erhöhen den Druck und drohen der Stadt mit 51 Kündigungen.

O-Ton 24:

Helm: „Wir hatten beschlossen, dass wir dann eine eigene Kita gründen, wenn sie zurückkommt, um die Kinderbetreuung zu gewährleisten. Wir haben auch schon Räume gehabt, also die wir hätten nutzen können. Also das war schon relativ weit fortgeschritten. Und dann Anfang Juli 2013 war das, haben wir dann eigentlich recht überraschend dann die Nachricht bekommen, dass die Stadt mit der Erzieherin eine Auflösungsvereinbarung geschlossen hat.“

Sprecherin:

Jahre später, 2018, meldet sich die Erzieherin in einem YouTube-Video zu Wort, das nach wie vor online ist. In dem knapp 43minütigen Gespräch mit dem Blogger „Volkslehrer“ wirft sie den Eltern des Kindergartens unter anderem vor, intolerant zu sein:

O-Ton 25:

„Ich bin keinem Menschen böse, auch dieser Elterninitiative nicht. Ich finde es im Gegenteil sehr, sehr traurig, dass eingefordert wird, weltoffen und tolerant zu sein und dass mir ein derart intolerantes weltfremdes Verhalten entgegengebracht wird, denn die Gespräche, die gelaufen sind, waren Fragen, die nicht mal meinen Beruf betreffend waren.“

Sprecherin:

Auf die Bitte von SWR2 Wissen um eine Stellungnahme zu ihrem Fall, reagiert die Erzieherin nicht.

Rechtsextremismus-Expertin Andrea Röpke hat kein Mitleid für die Erzieherin in Lüneburg. Es sei offensichtlich, dass sich die Frau, wie im Video zu hören, als Opfer stilisiere:

O-Ton 26:

Röpke: „D.h., sie hat eigentlich noch mal öffentlich gezeigt, dass sie mehr denn je zu ihrer politischen Herkunft und zu ihrem politischen Umfeld steht und selber sich tatsächlich als Opfer einer Hetzkampagne dargestellt.“

Sprecherin:

Für Andrea Röpke zeigt der Fall in Lüneburg, wie wichtig es sei, rechtzeitig Druck auszuüben und standhaft zu bleiben, auch wenn die behördlichen Entscheidungen zunächst unbefriedigend seien. Sie warnt davor, dass sich Behörden, Kollegien, das gesamte schulische Umfeld einlullen ließen vom schönen Schein. Die Muster seien immer die gleichen: Rechtsradikale Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher seien zunächst unauffällig, freundlich, engagiert, meldeten sich freiwillig zu unangenehmen Zusatzaufgaben – und machten sich so unentbehrlich. Nach und nach erst ließen sie ihre menschenverachtende Einstellung durchscheinen. Das mache es dem Umfeld dann schwer, gegen die Person, die man eigentlich mag, vorzugehen und etwa rassistische Äußerungen dem Vorgesetzten zu melden. Judith Rahner:

O-Ton 27:

Rahner: „Dann gibt es auch ganz viele Schulen und Kitas, die uns beispielsweise Anfragen und die auf keinen Fall möchten, dass so was irgendwie in der Öffentlichkeit bekannt wird. Denn welche Kita möchte schon gerne in der Öffentlichkeit dastehen, als braune Kita oder als braune Schule, die irgendwie in einen Nazi-Lehrerin beschäftigt? Das will natürlich keiner. Die wollen das diskret behandeln. Und dann gibt es natürlich leider, und das ist das Allerschlimmste, dass Arbeitgeber versuchen oder Träger versuchen, diese Probleme zu deckeln und zu sagen das ist das Privatproblem von Frau sowieso. Wir möchten uns damit nicht befassen. Das hat nichts mit ihrem professionellen Tun zu tun. Und was die Frau privat denkt, damit wollen wir uns nicht befassen. Und das sind ja die Fälle. Das sind eben auch Dunkelfeld, das wird ja gar nicht bekannt in der Öffentlichkeit und davon bekommen wir eben auch nichts mit.“

Sprecherin:

Doch der Versuch, das Thema nicht erst öffentlich zu machen, sei ein großer Fehler, meint Judith Rahner. Vorkommnisse würden verharmlost, unter den Teppich gekehrt, Abmahnungen, die später für ein arbeitsrechtliches Verfahren enorm wichtig wären, unterblieben, intensive Recherchen in den sozialen Netzwerken könnten die Behörden oft nicht leisten, so dass etwa jemand verbeamtet wird, obwohl der radikale Hintergrund öffentlich sei. Andrea Röpke beobachtet, dass Eltern oft noch etwas anderes sorgt:

O-Ton 28:

Röpke: „Viele, gerade betroffene Eltern haben dann oft wirklich Bedenken, dass sich das negativ auf ihre Kinder, dass sich das auf die Zeugnisse, den akademischen Ablauf ihrer Kinder, die Karrierechancen dann niederschlagen könnte und schweigen lieber. Und auch im Kolleginnenkreis der Schulen und Kindergärten ist es häufig so,

dass man eben sich selber nicht gefährden möchte. Und dass man daher schweigt. Das heißt, es sind auch Unsicherheiten durchaus zu verzeichnen. Also Angst besteht sicherlich auch an vielen Orten. Aber Angst wird auch häufig vorgeschoben. Ich glaube, was wir brauchen sind wirklich den Menschen, die betroffen sind, das Gefühl zu geben, wenn wir uns zusammenschließen, wenn wir diese Problematik endlich erkennen, wenn wir sie nicht dulden, wenn wir Grenzen aufzeigen, dann können wir auch gemeinsam etwas erreichen.“

Sprecherin:

In Landau und in Lüneburg habe der anhaltende öffentliche Druck letztendlich für die Eltern mit zum Erfolg geführt. Und ja: oft sei es ein Druck, der sich nicht nur gegen rechtsradikale Lehrkräfte, sondern auch gegen schwerfällige Behörden behaupten müsse. Rechtsextremismus-Expertin Andrea Röpke beobachtet außerdem, dass die Corona-Pandemie und die mit ihr verbundenen Schulschließungen neue Betätigungsfelder für rechtsradikale Netzwerke erschlossen hätten:

O-Ton 29:

Röpke: „Tatsächlich durch die Pandemie hat sich auch von rechts noch eine riesige Bewegung oder kristallisiert sich heraus, die so auch in Richtung Homeschooling, frei lernen, Gründung eigener Schulen geht. Und auch das muss thematisiert werden. D.h. wir brauchen erst einmal wirklich einen übergreifenden, bundesweiten Informationsaustausch: Wie ist der Stand? Wie sind die Strategien der extremen Rechten und so weiter? Und das kann natürlich von Politik geleistet werden, in dem vor allen Dingen die zivilgesellschaftliche Prävention massiver unterstützt wird. Wir brauchen Forschungserkenntnisse dazu. Wir brauchen wissenschaftliche Einstufung dazu. Also da kann Einiges in Gang gebracht werden.“

Sprecherin:

Stiftungen und Vereine, die Rechtsextremismusprävention betreiben, müssten besser finanziell ausgestattet werden. Dazu zählt der Bundesverband mobile Beratung, mit seinen Organisationen in den einzelnen Bundesländern ebenso wie die Amadeu-Antonio-Stiftung. Sie können Betroffenen helfen, sagt Judith Rahner. Zudem gäbe es Fachberatungsstellen, die einen Kindergarten oder eine Schule mit Problemen über einen längeren Zeitraum begleiten könnten:

O-Ton 30:

Rahner: „Am besten ist es natürlich, sich da präventiv auch Gedanken darüber zu machen. Gibt es ein Leitbild in den Einrichtungen? Findet sich das wieder im Arbeitsvertrag, dass man im Notfall eben auch auf die Bremse treten kann und jemandem mit arbeitsrechtlichen Schritten auch drohen kann, wenn die sich rechtsextrem in der Kita äußern?“

Sprecherin:

Auch die unteren Schulbehörden, die Schulräte müssten sich mit dem Thema intensiver auseinandersetzen, Schulleiterinnen und Schulleiter ermutigen, Fälle zu melden, um gegebenenfalls, rechtsradikale Lehrkräfte zu erkennen und abzumahnern. Ein Versäumnis, das in der Vergangenheit unter anderem bereits dazu geführt habe, dass rechtsradikale Lehrkräfte vor dem Arbeitsgericht gewonnen hätten und wiedereingestellt werden mussten.

Die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stefanie Hubig setzt zudem auf Demokratieverziehung von Anfang an:

O-Ton 31:

Hubig: „Dass wir in Kitas und das beginnt wirklich in den Kitas, in Kita und Schule, dass wir nicht nur sagen, wir reagieren auf rechtsextreme Strömung, sondern es geht wirklich darum, ein positives Gegenbild entstehen zu lassen. Und das setzt sich eben aus verschiedenen Aspekten zusammen: Das ist die Frage der Demokratiepädagogik, also auch Partizipation von Schülerinnen und Schülern auch von Kita-Kindern zu ermöglichen, also ein demokratisches Miteinander.“

Sprecherin:

Rechtsradikale Lehrkräfte aber auch Erzieherinnen und Erzieher – Fachleute warnen schon lange vor ihnen. Vielerorts werden engagierte Eltern mit dem Problem allein gelassen. Sie müssen in der Regel lange dafür kämpfen, bis Rechtsradikale entlassen werden. Aber diese Eltern gibt es nicht überall. Auch bei der Prävention tun Schulbehörden oft noch wenig. Immer wieder können Beamtinnen und Beamte in sozialen Netzwerken menschenverachtende Posts abgeben, ohne dafür abgemahnt zu werden. Ohne Abmahnungen ist es später aber schwierig, solche Lehrkräfte zu suspendieren. Und es gibt Prozesse gegen Rechtsradikale, die Kommunen aus formalen Gründen verlieren. An dem Umgang mit rechtsradikalen Lehrkräften wird deutlich: Demokratie und Toleranz könnten auch für die Schülerinnen und Schüler nicht nur theoretischer Unterrichtsstoff sein, sondern sie würden lernen, dass man dafür einstehen muss, und dass man es kann.

* * * * *